

DBfK Südwest – Impulse für den Koalitionsvertrag 2026–2031 in Rheinland-Pfalz

Professionelle Pflege als Schlüssel für Versorgungssicherheit, Vertrauen und demokratische Stabilität

Rheinland-Pfalz steht vor der Aufgabe, gesundheitliche Versorgung auch unter den Bedingungen von Fachkräftemangel, demografischem Wandel und regionalen Engpässen verlässlich zu sichern. Professionelle Pflege ist dabei kein nachgeordnetes Feld, sondern ein zentraler Teil der Lösung. Der DBfK Südwest empfiehlt deshalb, Pflege im Koalitionsvertrag nicht nur als Personalthema, sondern als strukturelle Zukunftsfrage des Landes zu verankern. Gerade in ländlichen Räumen zeigt sich, wie eng Versorgungssicherheit, Alltagserfahrung und politisches Vertrauen zusammenhängen. Wo Menschen den Eindruck gewinnen, dass Versorgung vor Ort brüchig wird, wächst Verunsicherung. Verlässliche Gesundheitsversorgung ist deshalb auch demokratiepolitisch relevant.

Für die Koalitionsverhandlungen priorisieren wir vier Punkte, die landespolitisch anschlussfähig und praktisch umsetzbar sind.

1. Pflege politisch sichtbar machen und die berufliche Selbstverwaltung stärken

Pflegepolitik ist oft auf mehrere Ressorts verteilt. Rheinland-Pfalz braucht deshalb eine klar sichtbare, fachlich qualifizierte und ressortübergreifend wirksame Zuständigkeit für Pflege. Dazu gehört aus Sicht des DBfK Südwest auch eine starke berufliche Selbstverwaltung. Die Pflegekammer Rheinland-Pfalz ist dafür ein wichtiger Baustein und sollte so weiterentwickelt werden, dass Transparenz, Beteiligung, Kommunikation und Akzeptanz weiter gestärkt werden.

Wir regen an, im Koalitionsvertrag zu verankern:

„Wir schaffen eine sichtbare und ressortübergreifend wirksame Zuständigkeit für Pflege auf Landesebene und stärken die fachliche Einbindung professioneller Pflege in politische Entscheidungsprozesse. Zugleich sichern wir die Pflegekammer Rheinland-Pfalz als wichtigen Bestandteil beruflicher Selbstverwaltung und entwickeln sie so weiter, dass Transparenz, Beteiligung, Kommunikation und Akzeptanz weiter gestärkt werden.“

2. Pflegefachpersonen besser vor Gewalt schützen

Gewalt gegen Pflegefachpersonen ist ein strukturelles Risiko mit direkten Folgen für Gesundheit, Arbeitsfähigkeit und Versorgungsqualität. Rheinland-Pfalz sollte deshalb landesweit einheitliche und verbindliche Schutzstandards gegen Gewalt in allen Pflege- und Gesundheitssettings schaffen.

Wir regen an, im Koalitionsvertrag zu verankern:

„Wir schaffen verbindliche, landesweit einheitliche Schutzkonzepte gegen Gewalt in allen Pflege- und Gesundheitssettings. Dazu fördern wir Präventions- und Deeskalationsschulungen, klare Melde- und Nachsorgestrukturen, eine koordinierende Landesstruktur sowie die Finanzierung notwendiger Schutzmaßnahmen, insbesondere in Bereichen mit erhöhtem Risiko.“

3. APN und CHN in bestehende Versorgungsstrukturen integrieren und vorhandene Angebote besser verzahnen

Rheinland-Pfalz verfügt bereits über wichtige Bausteine einer wohnortnahen Versorgung, etwa mit Gemeindeschwester plus, den Pflegestützpunkten und kommunalen Unterstützungsstrukturen. Diese Angebote sind ein starkes Fundament. Für die kommenden Jahre kommt es darauf an, bestehende Strukturen besser aufeinander zu beziehen und sie gezielt durch neue pflegerische Rollen wie Advanced Practice Nurses (APN) und Community Health Nurses (CHN) zu ergänzen. Gerade dort, wo Versorgungslücken bestehen, Koordination verbessert und Menschen wohnortnah begleitet werden müssen, können APN und CHN einen wichtigen Beitrag leisten.

Wir regen an, im Koalitionsvertrag zu verankern:

„Wir entwickeln die in Rheinland-Pfalz bereits bestehenden pflegerischen und kommunalen Versorgungsstrukturen gezielt weiter und verzahnen sie besser miteinander. Dazu stärken wir das Zusammenspiel von Gemeindeschwester plus, Pflegestützpunkten, kommunalen Beratungs- und Seniorenstrukturen sowie neuen regionalen Versorgungskonzepten. Ergänzend fördern wir den gezielten Einsatz von Advanced Practice Nurses und Community Health Nurses dort, wo Versorgungslücken bestehen, Koordination verbessert oder bestehende Angebote sinnvoll ergänzt werden müssen.“

4. Pflegebildung und Pflegeforschung als Infrastrukturfrage behandeln

Pflegebildung und Pflegeforschung sind eine Investition in die Versorgungsfähigkeit des Landes. Wer Studienkapazitäten, moderne Ausbildungsinfrastruktur, Pflegefachassistenz und pflegewissenschaftliche Forschung stärkt, schafft die Grundlage für Fachkräftesicherung und innovative Versorgungsmodelle.

Wir regen an, im Koalitionsvertrag zu verankern:

„Wir bauen Pflegebildung und pflegebezogene Forschung im Land bedarfsgerecht aus. Dazu stärken wir Studienkapazitäten, moderne Lehr- und Simulationsinfrastruktur, pflegewissenschaftliche Forschung sowie verlässliche Rahmenbedingungen für die Pflegefachassistenz und die generalistische Ausbildung.“

Gesprächsangebot

Der DBfK Südwest steht den Verhandler:innen kurzfristig für ein kompaktes Fachgespräch zur Verfügung, um diese Punkte mit Blick auf Zuständigkeiten des Landes, Umsetzbarkeit und mögliche Formulierungen für den Koalitionsvertrag zu konkretisieren.